

**Koalitionssignale
und die Kombination von Erst- und Zweitstimme
bei den Bundestagswahlen 1953 bis 2005**

Franz Urban Pappi

Alexander Herzog

Ralf Schmitt

März 2006

**Lehrstuhl für Politikwissenschaft I
und Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung,
Universität Mannheim**

Koalitionssignale und die Kombination von Erst- und Zweitstimme bei den Bundestagswahlen 1953 bis 2005

1. Einleitung

Bei deutschen Bundestagswahlen haben die Wähler eine Erst- und eine Zweitstimme, die sie in beliebiger Weise kombinieren können. So muss man die Erststimme nicht dem Wahlkreis-kandidaten der Partei geben, die man mit der Zweitstimme wählt. Wir sprechen in diesem Fall von Stimmensplitting. Dieses Verhalten kann verschiedene Ursachen haben, von denen uns hier eine interessiert. Steht das Stimmensplitting in systematischem Zusammenhang mit den Koalitionssignalen, die die Parteien im Wahlkampf senden? Können also die Parteien dadurch, dass sie sich auf bestimmte Koalitionen festlegen oder andere Koalitionen ausschließen, das Wählerverhalten beeinflussen?

Parteien wollen mit ihren Einflussversuchen natürlich in erster Linie ihren Stimmenanteil und damit indirekt ihren Sitzanteil im Parlament erhöhen. Hierfür ist das Stimmensplitting nur sehr indirekt brauchbar, weil die Sitzverteilung, sieht man von den Überhangmandaten ab, ausschließlich von der Zweitstimme abhängt. Unterstellt man realistisch, dass die Anhänger einer Partei eher ihre Erststimme dem Kandidaten einer anderen Partei geben als dass sie mit ihrer Zweitstimme ihre Partei „verraten“, wäre der Einfluss auf die endgültige Sitzverteilung durch das Stimmensplitting beschränkt. Erst wenn Anhänger großer Parteien sich in nennenswertem Umfang zur Abgabe einer „Leih-“ oder „Stütz-“ Stimme für den in Aussicht genommenen kleinen Koalitionspartner entschlossen, könnte das Endergebnis in größerem Umfang durch das Stimmensplitting beeinflusst werden. Um derartige Fragen zu untersuchen, benötigte man aber Umfragen, um das Wählerverhalten auf die Parteipräferenz der Befragten beziehen zu können. Dies ist nicht unsere Fragestellung.¹

¹ vgl. *Harald Schoen*, Appelle zu taktischem Wahlverhalten - effektive Werbung oder verfehlte Wahlkampfretorik?, in: *Jürgen Falter/Oscar W. Gabriel und Hans Rattinger* (Hrsg.), *Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich*, Opladen 2000, S. 641-673; *Franz Urban Pappi/Paul W. Thurner*, Electoral behavior in a two-vote-system: Incentives for ticket splitting in German Bundestag elections, in: *European Journal of Political Research*, 41 (2002), S. 207-232; *Thomas Gschwend*, *Comparative politics of strategic voting: A hierarchy of electoral systems*, Universität Mannheim 2004.

Wir behandeln hier die Frage, inwieweit die Wähler dadurch auf die Koalitionssignale der Parteien reagieren, dass sie ihre zwei Stimmen auf die jeweiligen Koalitionspartner verteilen bzw. vom Stimmensplitting absehen, wenn ihre Partei eine bestimmte Koalition ablehnt. Das Stimmensplitting erfassen wir mit der repräsentativen Wahlstatistik für die Bundestagswahlen seit 1953, seitdem den Wählern also zwei Stimmen zur Verfügung stehen. Die Koalitionssignale identifizieren wir mit Hilfe von Inhaltsanalysen von wahlkampfbezogenen Artikeln im Spiegel² und von Büchern und Artikeln von Politikwissenschaftlern über die einzelnen Bundestagswahlen.

2. Begriffe, Operationalisierungen und Hypothesen

2.1. Wählerverhalten

Die Regel bei Bundestagswahlen ist, dass die Parteien in den Wahlkreisen sowohl Wahlkreis-kandidaten aufstellen als auch auf dem Stimmzettel mit einer Landesliste präsent sind. Die Reihenfolge der Parteien auf dem Stimmzettel ist für beide Stimmen gleich, so dass in einer Zeile zuerst der Wahlkreiskandidat der Partei aufgeführt ist und danach die Landesliste derselben Partei. Kommen nicht beide Stimmen derselben Partei zu Gute, liegt Stimmensplitting vor.

Die Tabellen der repräsentativen Wahlstatistik sind stets quadratisch angelegt mit derselben Zahl der Parteien in den Zeilen und Spalten. Der Prozentsatz der Stimmensplitter ist damit identisch mit dem Prozentsatz der Wähler, die nicht in der Hauptdiagonale aufgeführt sind. Da die repräsentative Wahlstatistik 1994 und 1998 nicht erhoben wurde, haben wir ersatzweise für diese Jahre die Kombination von Erst- und Zweitstimme aus den veröffentlichten Wahltagsbefragungen der Forschungsgruppe Wahlen entnommen.

Wir unterscheiden im Folgenden zwischen strategischem und nicht strategischem Splitting. Bei ersterem richten die Wähler ihre Stimmabgabe an der Erwartung eines bestimmten Wahlergebnisses aus und versuchen so den Einfluss ihrer Stimme auf das Wahlkreisergebnis und damit ihren Erwartungsnutzen zu maximieren.³ Bei der Anwendung auf die Abgabe der Erststimme bei deutschen Bundestagswahlen heißt das praktisch, dass von ganz wenigen

² vgl. zur Begründung *Thomas Gschwend/Franz Urban Pappi*, Stimmensplitting und Koalitionswahl, in: *Jan van Deth/Frank Brettschneider/Edeltraut Roller* (Hrsg.), *Bundestagswahl 2002*, Wiesbaden 2004, S. 167-183.

³ vgl. generell *Gary W. Cox*, *Making Votes Count. Strategic Coordination in the World's Electoral Systems*, Cambridge 1997.

Ausnahmen - vor allem in Berlin - abgesehen nur Kandidaten der CDU bzw. CSU und der SPD realistische Chancen auf das Wahlkreismandat haben. Entsprechend behandeln wir die Stimmabgabe für den CDU/CSU- oder SPD-Kandidaten im Wahlkreis und eine Zweitstimme für eine kleine Partei als strategisch und den umgekehrten Fall als nicht strategisches Wählerverhalten.

2.2. Koalitionssignale der Parteien

Parteien können bereits im Wahlkampf Koalitionssignale senden, die dem Wähler den Zusammenhang zwischen Parteienwahl und bestimmten künftigen Regierungen transparenter machen als in einem Mehrparteiensystem ohne wahlkampfrelevante Protokoalitionen. Der Existenz oder Nichtexistenz derartiger „pre-electoral coalitions“ schenkt die Wahl- und Koalitionsforschung neuerdings erhöhte Aufmerksamkeit.⁴ Öffentlich gemachte Koalitionsabsichten der Parteien erlauben es den Wählern in Mehrparteiensystemen, sich bei ihren Wahlentscheidungen auch an künftigen möglichen Regierungen zu orientieren und nicht nur, wenn sie ergebnisorientiert wählen, an der Zusammensetzung des Parlaments. Zu den Möglichkeiten für strategisches Wählen kommt also ein Anreiz zum „taktischen Koalitionswählen“.⁵ Kann der Wähler laut Wahlsystem zwei Stimmen abgeben, lässt sich Koalitionswählen als Stimmabgabe für die zwei Parteien definieren, die im Wahlkampf eine entsprechende Koalition signalisierten. Uns interessiert, inwieweit die häufigen Parteienkombinationen beim Stimmensplitting bei deutschen Bundestagswahlen als Wählerreaktion auf die Koalitionssignale der Parteien aufgefasst werden können.

Für Koalitionsregierungen steht objektiv und eindeutig fest, welche Parteien Ministerämter in der Koalition besitzen, so dass sie definitionsgemäß zur exekutiven Koalition gehören. Bei darüber hinausgehenden legislativen Koalitionen lässt sich die Koalitionszugehörigkeit zumindest im Nachhinein am Abstimmungsverhalten im Parlament ablesen.

So einfach ist die Erfassung von „pre-electoral coalitions“ nicht. Sie beruhen auf Absichtserklärungen, die außerdem nur in die Tat umgesetzt werden sollen, wenn die Mehrheitsverhältnisse dies zulassen. Die Absichtserklärungen müssen nicht von allen Koalitionsbeteiligten mit

⁴ vgl. z.B. *Sona N. Golder*, Pre-electoral coalitions in comparative perspective: A test of existing hypotheses, in: *Electoral Studies* 24 (2005), S. 643-663.

⁵ *Brian McCuen/Rebecca B. Morton*, Tactical coalition voting, prepared for: Annual Summer Political Methodology Meetings. The Society for Political Methodology 2002.

der gleichen Intensität an die Öffentlichkeit übermittelt worden sein, so dass nicht unbedingt eine Symmetrie der Koalitionssignale zu erwarten ist. Deshalb soll hier die Matrix der Koalitionssignale analog zu einer Soziomatrix konstruiert werden, deren Zeilen und Spalten den relevanten Parteien entsprechen. Ein Eintrag von 1 bedeutet dann, dass die Zeilenpartei die Absicht einer Koalition mit der entsprechenden Spaltenpartei signalisiert, -1 bedeutet entsprechend die Aussage, dass die Zeilenpartei eine Koalition mit der entsprechenden Spaltenpartei ablehnt und eine 0 steht für die Abwesenheit eines Koalitionssignals. Aus einer entsprechenden Matrix ergibt sich so ein bewerteter Graph, der zwischen zwei Parteien $3^2 = 9$ verschiedene Beziehungen zulässt (vgl. Schaubild 1), die von positiven gegenseitigen Koalitionssignalen über widersprechende Signale bzw. die Abwesenheit von Signalen bis zu gegenseitigen Koalitionsablehnungen laufen.

Als Koalitionen kommen natürlich nicht nur Zweierkoalitionen in Frage. Da beim Stimmensplitting aber nur jeweils maximal zwei Parteien beteiligt sind, genügt in unserem Zusammenhang eine Konzentration auf Zweierkoalitionen und damit auf Dyaden von Koalitionssignalen.

Da wir die Auswirkungen von Koalitionssignalen auf das Wählerverhalten und hier auf die Kombination von Erst- und Zweitstimme untersuchen, müssen diese Koalitionssignale den Wähler erreichen. Deshalb sind Medienberichte über die Koalitionsaussagen der Parteien heranzuziehen. Da unser Untersuchungszeitraum bis in die 50er Jahre zurückgeht, braucht man Quellen, die über den ganzen Zeitraum von 1953 bis 2005 in möglichst vergleichbarer Weise zur Verfügung stehen.

Wir gehen davon aus, dass die ernsthaftesten Koalitionssignale von den Wahlparteitagen ausgehen. Deswegen werden die Spiegel-Ausgaben vor und nach den Wahlparteitagen zu den einzelnen Bundestagswahlen herangezogen. Ergänzt wird diese Quelle mit den zeitlich damit zusammenfallenden einschlägigen Abschnitten im Archiv der Gegenwart.

Für die Frühzeit der Bundesrepublik sind Berichte über Koalitionsaussagen der Parteien seltener als heute. Dies kann natürlich daran liegen, dass weniger Aussagen gemacht wurden. Es kann aber auch damit zu tun haben, dass die Koalitionslage damals insgesamt eindeutiger war und dass Journalisten nicht über Selbstverständliches berichten. So wird selten darüber berichtet, dass eine bestehende Koalition weiter regieren will, wenn die Mehrheitsverhältnisse

dies zulassen.⁶ Um hier der journalistischen Sicht entgegenzusteuern, wurden als dritte Quelle wissenschaftliche Monographien bzw. Aufsätze zu einzelnen Bundestagswahlen von politikwissenschaftlichen Experten herangezogen und auf Aussagen über Koalitionssignale durchgesehen. Aus diesen Quellen wurde immerhin deutlich, dass auch bereits in den 50er Jahren Koalitionssignale von Bedeutung waren.

Vier Studenten verschlüsselten die in den Quellen berichteten Aussagen der Parteien über gewünschte (+1) oder abgelehnte (-1) Koalitionspartner. Nicht verschlüsselt wurden Aussagen von Parteien über gewünschte oder abgelehnte Koalitionen zwischen anderen Parteien, in denen die aussagende Partei gar nicht vertreten ist. Für jede Bundestagswahl entstehen so zwei Matrizen, eine Matrix der journalistischen Berichte (Spiegel und Archiv der Gegenwart) und eine Matrix der Expertenaussagen. Die Zeilen geben die Parteien an, die die Aussage machen, die Spalten die Parteien, über die Aussagen gemacht werden. Es werden nur dyadische Beziehungen erfasst.⁷

Bei zwei Quellenarten und vier Vercodern ergeben sich pro Bundestagswahl acht Soziomatrizen der Koalitionssignale. Die Größe dieser Matrizen und das heißt die Zahl der erfaßten Parteien hängt zunächst von den im Bundestag vertretenen Fraktionen ab. Diese werden auf jeden Fall erfasst, so dass auch die Vercodung 0 einen eindeutigen Sinn hat: Die Zeilenpartei signalisierte keinen Koalitionswunsch bzw. keine Koalitionsablehnung an die Spaltenpartei. Dabei stellt sich natürlich die Frage, welchen Stichtag man für die Erfassung etablierter, d.h. im Bundestag verteilter Parteien, wählen sollte: die zum Zeitpunkt des Wahlkampfes noch existierende alte Legislatur oder die aus der jeweiligen Wahl resultierende neue Legislatur. Für diese Entscheidung ist an den Zweck unserer Verschlüsselung zu erinnern, nämlich die Erfassung der Koalitionssignale im Wahlkampf. Hier können sich die Parteien bereits mehr auf die erwartete neue Sitzverteilung beziehen als auf die in ihren Augen überholte alte Sitzverteilung. Wir haben deshalb das folgende pragmatische Vorgehen gewählt: 1. CDU/CSU, SPD und FDP sind während des gesamten Zeitraums zu berücksichtigen, 2. die Grünen werden ab 1980, als sie zum ersten Mal kandidierten, einbezogen und die PDS ab 1990, 3. für die Bundestagswahl 1953 wird die deutsche Partei, der BHE und die KPD einbezogen, 4. für 1969 wird zusätzlich die NPD berücksichtigt. Nur dieser letzte Fall

⁶ vgl. zu diesem Problem *Thomas Gschwend/Franz Urban Pappi*, a.a.O. (Fußnote 2)

⁷ Die Aussage, die SPD wüßte eine rot-gelb-grüne Ampel, wird mit einer 1 bei den Grünen und einer 1 bei der FDP in der SPD-Zeile verschlüsselt. Zur selben Verschlüsselung hätte auch die SPD-Aussage geführt, dass sie entweder mit der FDP oder den Grünen koalieren wolle, wenn die Mehrheitsverhältnisse dies zuließen.

betrifft eine Partei, die nie im Bundestag vertreten war, die aber deshalb berücksichtigt wurde, weil etablierte Parteien 1969 mit einem eventuellen Einzug der NPD in den Bundestag rechneten und deshalb - negative - Koalitionssignale sendeten.

Um die Übereinstimmung zwischen den Kodierern zu überprüfen, wurde die Intercoder-Reliabilität berechnet. Diese liegt im Mittelwert bei 0.80 (Journalistenberichte: 0.81, wissenschaftliche Artikel: 0.78). Die Rohdaten für die Koalitionssignale wurden außerdem auf Konsistenz überprüft. So durfte ein Signal aus derselben Quelle nicht von einem Vercoder mit +1 und von einem anderen mit -1 verschlüsselt werden.⁸ Andererseits mußte natürlich das Signal einer Partei gegenüber einer anderen Partei von dieser nicht bestätigt werden. Empirisch kommen deshalb Paare von Parteien vor, in denen die eine Partei, wie z.B. die Grünen 1987, ein positives Signal an eine andere Partei, in diesem Fall an die SPD, sandten, dass die andere Partei aber mit einer Koalitionsablehnung quittierte (vgl. zur Veranschaulichung die neun verschiedenen Dyadentypen in Schaubild 1).

- Hier etwa Schaubild 1 -

Aus den von jedem Vercoder erstellten zwei Einzelmatrizen für jede Bundestagswahl, eine für die Journalistenberichte und eine für die wissenschaftlichen Artikel, bilden wir pro Wahl eine einzige Mittelwerttabelle, die wir im Anhang dokumentieren. Für unsere eigenen Analysen interpretieren wir die Vercoder als „Mini-Öffentlichkeit“, die als Aggregat ein Signal umso intensiver wahrnahm, je häufiger es von allen als +1 oder -1 verschlüsselt wurde. Wir interpretieren den Mittelwert also als Intensität des positiven oder negativen Signals.

2.3. Hypothesen

Unsere Ausgangsthese ist, dass sich der Umfang des Stimmensplittings mit der Intensität der Koalitionssignale erklären lässt. Gschwend und Pappi⁹ haben diese Hypothese wie folgt formuliert: „Je klarer die Koalitionslage vor der Wahl eingeschätzt wird, desto mehr Wähler splitten ihre Stimme strategisch im Sinn einer Koalitionswahl.“ Wir ersetzen nun deren grobe Indizes für die Klarheit der Koalitionslage durch unseren Index der Intensität des

⁸ Dieser Fall trat nur zweimal auf. Die folgenden mittleren Koalitionssignale wurden für diese zwei Fälle nicht berechnet, da die Übereinstimmung zwischen den Kodierern zu ungenau ist.

⁹ a.a.O. (Fußnote 2), S. 170.

Koalitionssignals. Außerdem können wir die Hypothese dahingehend erweitern, dass das strategische Koalitionswählen stärker auf die Koalitionssignale reagieren wird als nicht strategisches Koalitionswählen.

Vor der Prüfung dieser inhaltlichen Hypothese werden wir zuerst den Zeitverlauf des Umfangs des Stimmensplittings beschreiben und die Null-Hypothese prüfen, dass Wähler umso mehr von der Möglichkeit Gebrauch machen, ihre Erst- und Zweitstimme verschiedenen Parteien zu geben, je mehr Parteien es gibt. Konkret erwarten wir einen Zusammenhang mit der effektiven Parteienzahl, berechnet aus den Zweitstimmen. Bei fünf Parteien wäre die effektive Parteienzahl fünf, wenn jede dieser fünf Parteien gleich viele Stimmen erhalten hätte. Je mehr sich die Stimmen bei einer oder zwei Parteien konzentrieren, desto stärker sinkt die effektive Parteienzahl auf Werte unter fünf. Wegen des Anreizes für die Anhänger kleiner Parteien, mit der Erststimme eine große Partei zu wählen, sollte die effektive Parteienzahl auf Erststimmenbasis berechnet kleiner sein als die auf Zweitstimmenbasis berechnete. Wir erwarten, dass bei einem größeren Umfang des Stimmensplittings wegen der Besonderheit des deutschen Parteiensystems der Abstand der effektiven Parteienzahl zwischen Erst- und Zweitstimmen auch größer wird. Die Besonderheit des deutschen Parteiensystems besteht darin, dass die beiden großen Volksparteien CDU/CSU und SPD einen großen Stimmenabstand vor den kleineren Parteien besitzen.

Wegen dieser Besonderheit gewinnen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nur die Kandidaten der CDU/CSU und der SPD das Wahlkreismandat. Der damit gegebene Anreiz zum strategischen Wählen bei den Anhängern kleiner Parteien bewirkt den Überschuss an Erststimmen gegenüber den Zweitstimmen bei den großen Parteien. Gschwend und Pappi,¹⁰ die gleichzeitig mit der oben zitierten Hypothese noch die zweite Hypothese testen, dass Anhänger kleiner Parteien vor allem in den Wahlkreisen ihre Stimmen splitten, in denen das Rennen zwischen dem CDU/CSU- und dem SPD-Kandidaten besonders knapp ist - verwenden den Abstand zwischen Erst- und Zweitstimmen bei FDP und Grünen pro Wahlkreis als ihre abhängige Variable. Wir verwenden für die empirische Überprüfung unserer Hypothesen dagegen ausschließlich die Kombinationstabelle für die Erst- und Zweitstimmenentscheidung der deutschen Wählerschaft insgesamt. Das hat den Vorteil einer direkten Messung des Stimmensplittings vor der indirekten Erfassung über den Abstand zwischen den zwei Randverteilungen. Diese Randverteilungen der Kombinationstabelle der

¹⁰ a.a.O. (Fußnote 2)

repräsentativen Wahlstatistik sind Schätzer des amtlichen Endergebnisses für die Wahlen von 1953 bis 2005. Diese Stimmverteilungen verwenden wir auch zur Berechnung der effektiven Parteienzahl.

Für die bisher einzige systematische Untersuchung der Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik hat Schoen¹¹ eine Lernhypothese formuliert. Je länger nach einem bestimmten Wahlgesetz gewählt wird, umso mehr Wähler würden mit seinen taktischen Möglichkeiten vertraut und umso mehr sollte das Stimmensplitting in Westdeutschland von 1953 bis 1990, dem Untersuchungszeitraum des Autors, zugenommen haben. Weiterhin erwartet Schoen eine Zunahme des Stimmensplittings mit dem Anteil der Parteien, die sich auf Koalitionen im Wahlkampf festlegen.¹² Die Koalitionslage selbst rekonstruiert Schoen quasi objektiv als außenstehender Experte. Wir können diese Hypothese mit der Dichte der positiven Koalitionssignale bei den einzelnen Bundestagswahlen überprüfen. Dafür summieren wir die positiven Einträge in unseren Koalitionsmatrizen auf.

Schoen kommt auf der Basis seiner einfachen Indexberechnungen für die Kombinationstabellen von Erst- und Zweitstimmen zu einer skeptischen Beurteilung „rationalen“ Stimmensplittings. Als rational wird ein Splitting in Übereinstimmung mit den im Wahlkampf signalisierten Protokoalitionen und nach der Logik des strategischen Wählens, Erststimme für große, Zweitstimme für kleine Partei, definiert. Vor allem die mangelhafte „rationale“ Reaktion der Wähler auf die Koalitionslage wird beklagt und den zweideutigen Signalen der politischen Eliten angelastet. Wir werden sehen, ob man mit unserem sorgfältig recherchierten Maß der Koalitionssignale die an sich naheliegenden Hypothesen besser bestätigen kann.

3. Das Stimmensplitting im Zeitverlauf

In diesem Abschnitt beschreiben wir den Umfang des Stimmensplittings seit 1953 insgesamt und vergleichen graphisch seine Verlaufskurve mit der der effektiven Parteienzahl und der Dichte der positiven Koalitionssignale. Erst im nächsten Abschnitt gehen wir genauer auf bestimmte mögliche Koalitionspaare ein, um für unsere Hauptthese den Zusammenhang

¹¹ *Harald Schoen*, Stimmensplitting bei Bundestagswahlen: Eine Form taktischer Wahlentscheidung?, in: *Zparl* 29 (1998), H. 2, S. 223-244.

Harald Schoen, Split-ticket voting in German Federal elections, 1953-1990: an example of sophisticated balloting?, in: *Electoral Studies* 18 (1999), S. 473-496.

¹² *ebd.*, S. 485.

zwischen strategischem und nicht strategischem Splitten und der Intensität der Koalitionssignale zu veranschaulichen, bevor wir ihn im übernächsten Abschnitt genauer testen.

Zunächst zeigt das Stimmensplitting insgesamt nicht ganz den erwarteten Verlauf für die Lernhypothese Schoens. Gezeigt wird im oberen Teil von Schaubild 2 der Anteil der Wähler, die ihre Erst- und Zweitstimme nicht derselben Partei gaben. Dieser Anteil beginnt 1953 bei 10 Prozent, geht dann bis 1961 zurück, steigt wieder leicht an bis zur Bundestagswahl 1972, um 1976 wieder abzunehmen. Alle Prozentwerte von 1957 bis 1976 liegen klar unter 10 Prozent. Dieser Verlauf bis 1976 widerspricht der Lernhypothese. Denn warum sollten die Wähler erst 1976 angefangen haben, die Möglichkeiten ihres Wahlsystems kennenzulernen.

- Hier etwa Schaubild 2 -

Anders sieht es mit unserer Vermutung aus, dass sich im Stimmensplitting die Entwicklung des Parteiensystems widerspiegelt. Wie ein Vergleich der Entwicklung der effektiven Parteienzahl im unteren Teil von Schaubild 2 mit dem Verlauf der Häufigkeit des Stimmensplittings zeigt, ist hier die Entwicklung seit 1976 gleichlaufend. Die auf Basis der Zweitstimmen berechnete effektive Parteienzahl (EPZ) und der Prozentsatz der Wähler, die ihre Stimmen auf zwei Parteien verteilen, stiegen beginnend mit dem erstmaligen Auftreten der Grünen 1980 monoton an. Erwartungsgemäß ist die effektive Parteienzahl für die Erststimmen kleiner und steigt bis 1990 ebenfalls an, um dann mit dem Eintritt der PDS ins bundesrepublikanische Parteiensystem mehr oder weniger zu stagnieren. Deshalb wird der Abstand zwischen den beiden EPZ-Kurven seit 1990 tendenziell größer. 2005 schließlich hat die effektive Parteienzahl für die Zweitstimmen die beachtliche Größe von 3,8 erreicht - auf Basis der Sitze im Bundestag berechnet ist sie 3,4 - der Anteil der Wähler, die ihre Stimmen splitten, hat gleichzeitig mit fast einem Viertel den höchsten Wert in der Geschichte der Bundestagswahlen überhaupt erzielt.

Mehr Parteien bedeuten auch mehr - zufällige - Möglichkeiten zum Stimmensplitting. Damit wäre erklärbar, dass das Splitting mit der zunehmenden Konzentration des deutschen Parteiensystems in den 60er und 70er Jahren auf nur noch drei Bundestagsparteien schlecht zunehmen konnte. Der Wegfall der vielen kleinen Parteien der 50er Jahre, der Deutschen Partei, des BHE, der KPD, des Zentrums usw. in den 60er Jahren führte bei SPD und

CDU/CSU zu einer Zunahme der Wähler, die ihre Erst- und Zweitstimme derselben Volkspartei gaben. Das änderte sich erst wieder mit dem Aufkommen der Grünen 1980 und der PDS 1990.

Die effektive Parteienzahl ist keine unabhängige Variable, die als exogene Größe das Stimmensplitting verursachen würde. Denn das Stimmensplitting führt umgekehrt dazu, dass es zu Abweichungen zwischen den Randverteilungen für die Erst- und Zweitstimmen kommt. Dagegen sind die Koalitionssignale eine solche mögliche Ursache. Sie wirken sich nur nicht als global Größe über alle Parteien hinweg auf den Umfang des Stimmensplittings insgesamt aus. Die Dichte der Koalitionssignale insgesamt ist bei fast jeder Bundestagswahl gleich und liegt nur 1957 unter und 1998 über dem langjährigen Durchschnitt. Wir müssen vielmehr, um unsere zentralen Hypothesen zu testen, auf eine gezielte Betrachtung bestimmter Parteidynaden übergehen. Diese Analysen beginnen wir im nächsten Abschnitt, indem wir FDP und Grüne im Verhältnis zu den möglichen großen Koalitionspartnern CDU/CSU und SPD betrachten.

4. Koalitionssignale und Stimmensplitting zwischen den etablierten Parteien im Zeitverlauf

Etabliert sei eine Partei, die über einen längeren Zeitraum, etwa mehr als drei Legislaturperioden, mit Abgeordneten im Bundestag vertreten ist und in dieser Zeit schon einmal an einer Bundesregierung beteiligt war. Damit schließen wir, etwas willkürlich, die PDS wegen mangelnder Regierungsbeteiligung und die Deutsche Partei wegen des Zeitfaktors aus der Analyse in diesem Abschnitt aus. Da wir die möglichen Koalitionen aber paarweise untersuchen werden, wirkt sich dieser Ausschluss nicht auf unsere Ergebnisse aus.

In diesem Abschnitt vergleichen wir den Zeitverlauf des Prozentsatzes des strategischen und nicht-strategischen Splittings zwischen einer großen und einer bestimmten kleinen Partei mit dem Zeitverlauf der entsprechenden Koalitionssignale. Da wir nicht wissen, ob die Wähler Anhänger der einen oder anderen Partei sind, so dass wir auch nicht kontrollieren können, inwiefern sie mehr auf die Signale ihrer eigenen Partei achten, symmetrisieren wir die Koalitionssignale für das entsprechende Parteienpaar. Wenn wir also das Stimmensplitting zwischen CDU/CSU und FDP analysieren, addieren wir das Koalitionssignal der FDP an die CDU und der CDU an die FDP. Dieses symmetrisierte Signal kann Werte von -2 bis +2

annehmen. Das strategische und nicht-strategische Splitten zwischen diesem Paar wird als Prozent der Gesamtwählerschaft erfasst.

- Hier etwa Schaubild 3 -

Wir beginnen die Zeitreihendarstellung mit der CDU/CSU und FDP (vgl. Schaubild 3), die 1953, dann 1961 bis 1966 und schließlich 1982 bis 1998 zusammen regierten. Die Koalitionssignale spiegeln die tatsächlichen schwarz-gelben Koalitionen wider, laufen der Bildung einer Koalition aber manchmal voraus wie 1961 und 2005, als diese Koalition mangels Mehrheit aber nicht gebildet werden konnte. Der Zusammenhang des Verlaufs der Koalitionssignale mit dem strategischen Splitting ist offensichtlich. Dabei war der Umfang des Splittens 1961 und 1965 geringer als während der gesamten Dauer der Regierung Kohl und erreichte, für zwei Oppositionsparteien auffallend, das höchste Niveau 2005. Sechs Prozent aller Wähler gaben ihre Erststimme der CDU oder CSU und ihre Zweitstimme der FDP. Bezogen auf die Zweitstimmenwähler der FDP gaben 52 Prozent ihre Erststimme einem Kandidaten der Union und nur 29 Prozent einem Kandidaten der FDP. So deutlich haben Wähler noch nie auf ein Koalitionssignal reagiert.

Vergleicht man damit den Zeitverlauf für die nicht-strategischen Wähler, die ihre Erststimme der FDP und ihre Zweitstimme der Union gaben (unterer Teil von Schaubild 3), haben wir fast ein komplettes Fehlen eines Zusammenhangs mit den Koalitionssignalen zu konstatieren. Lediglich in den 50er Jahren ist ein Zusammenhang zu erkennen, was man leicht dadurch erklären kann, dass die FDP damals noch einzelne Wahlkreismandate erringen konnte, so dass die Wahl eines FDP-Kandidaten noch nicht überall eine sichere Stimme für den Papierkorb bedeutete. Ansonsten reagieren diese Wähler nicht systematisch auf die Koalitionssignale.

- Hier etwa Schaubild 4 -

Die sozialliberale Koalition löste ein strategisches Stimmensplitting zwischen FDP und SPD aus. Eine kleine Reaktion auf relativ klare Koalitionssignale im Wahlkampf 1969 zeigt sich bereits vor der Amtsübernahme der rot-gelben Koalition. Nach deren Beendigung nimmt das Niveau dieses Stimmensplittings abrupt ab. Auf die zaghafte Signale 2002, als die FDP eine Koalition mit der SPD nicht ausschloss, reagierten die Wähler kaum.

Im Unterschied zu den nicht-strategischen FDP-CDU-Wählern zeigt sich bei den Wählern, die mit ihrer Erststimme die FDP und mit ihrer Zweitstimme die SPD wählten, ein gewisser Zusammenhang mit den Koalitionssignalen. Er ist freilich sehr viel schwächer als bei den strategischen Wählern der sozialliberalen Koalition.

- Hier etwa Schaubild 5 -

Für die Grünen steht nur eine kurze Zeitreihe seit ihrer erstmaligen Kandidatur für den Bundestag 1980 zur Verfügung. Wir beschränken uns hier auf die Untersuchung des Zusammenhangs mit den Signalen zugunsten einer rot-grünen Koalition. Koalitionssignale für Schwarz-Grün gab es bisher ebenso wenig wie ein mehr als triviales Splitting zwischen diesen beiden Parteien. Eine rot-grüne Koalition stand zunächst ebenfalls nicht auf der Tagesordnung, trotz des Einzugs der Grünen 1983 in den Bundestag. Im Gegenteil, der Kanzlerkandidat der SPD im Wahlkampf 1987, Johannes Rau, schloss eine Koalition mit den Grünen sogar explizit aus, was aber zu einer gegenläufigen Bewegung beim strategischen Stimmensplitting führte. Dies lässt sich dadurch erklären, dass die Wähler von SPD und Grünen eine solche Koalition eher befürworteten als die Parteispitze der SPD.¹³ Das nicht-strategische Splitting zeigte sowieso keinerlei Reaktion auf die Koalitionssignale während des gesamten Zeitraums 1983 bis 2006. Von den Koalitionssignalen her betrachtet, deuteten sie 1998 am klarsten in Richtung einer rot-grünen Regierung und der Umfang des entsprechenden Stimmensplittings war 1998 auch größer als je zuvor. 2002 nahm das Stimmensplitting weiter zu, ohne dass allerdings die Koalitionssignale deutlicher für eine Fortsetzung der Koalition gewesen wären als 1998 für ihren Beginn. Insgesamt scheinen die Grünen weniger eine typische Koalitionspartei mit einer sehr intensiv auf Koalitionssignale achtenden Wählerschaft zu sein als die FDP.

Man muss also damit rechnen, dass die Reaktion der Wähler auf Koalitionssignale der Parteien kein generelles Phänomen ist, sondern zusätzlicher Bedingungen bedarf, um sich wirksam in einem erhöhten Stimmensplitting zu zeigen. Solche zusätzlichen Bedingungen können z.B. in der tatsächlichen gemeinsamen Regierungstätigkeit liegen. Der Zusammenhang zwischen den Signalen und dem tatsächlichen Verhalten unter Berücksichtigung solcher

¹³ vgl. dazu *Forschungsgruppe Wahlen e.V. (Manfred Berger/Wolfgang Gibowski/Matthias Jung/Dieter Roth/Wolfgang Schulte)*, Eine Analyse der Bundestagswahl 1987, in: *Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.)*, Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1987, Opladen 1990, S. 730.

zusätzlicher Bedingungen soll im nächsten Abschnitt quantitativ genauer überprüft werden, nachdem wir die Zusammenhänge in diesem Abschnitt nur graphisch veranschaulicht haben.

5. Ein statistischer Hypothesentest

Bestehen die in den Schaubildern 2 bis 5 veranschaulichten Zusammenhänge zwischen den Koalitionssignalen und den Typen des Stimmensplittings einen strengeren statistischen Test? Das ist vor allem eine Frage der Drittvariablenkontrolle. Der statistische Test betrifft nicht den Schluss von der Datenbasis der repräsentativen Wahlstatistik bzw., in den Jahren 1994 und 1998 der Wahltagsbefragungen der Forschungsgruppe Wahlen, auf die Grundgesamtheit aller Wähler in der Bundesrepublik. Für die repräsentative Wahlstatistik können wir hier von einem wissenschaftlichen Stichprobenplan ausgehen, der wegen der hohen Zahl der erfassten Stimmbezirke zu sehr kleinen Standardfehlern im üblichen Sinne führt.¹⁴

Unsere Hypothesen beziehen sich auf den Umfang des Stimmensplittings in bestimmten Kombinationen wie z.B. Erststimme für die CDU/CSU und Zweitstimme für die FDP. Hängt der Umfang dieser Stimmkombination von den entsprechenden Koalitionssignalen ab oder nicht? In den Schaubildern 2 bis 5 haben wir den Prozentsatz der Wähler insgesamt bei einer bestimmten Bundestagswahl ausgewiesen, der eine bestimmte Kombination von Erst- und Zweitstimme gewählt hat. Jetzt stellt sich die Frage, ob die graphisch gezeigten Zusammenhänge zwischen diesen Rohwerten des Stimmensplittings und den Koalitionssignalen erhalten bleiben, wenn wir mögliche Einflüsse von Drittvariablen konstant halten. Dazu zählt z.B. die effektive Parteienzahl bzw. konkret in unserem Fall die Häufigkeitsverteilungen der Erst- und Zweitstimmen für die erfassten Parteien oder der Trend eines zunehmenden Stimmensplittings seit 1976. Als Methode der Kontrolle solcher Störeinflüsse auf den uns eigentlich interessierenden Zusammenhang verwenden wir die loglineare Tabellenanalyse.¹⁵

¹⁴ So wurden 2005 von den insgesamt ca. 90.000 Stimmbezirken einer Bundestagswahl 2867 für die repräsentative Wahlstatistik zufällig ausgewählt, in denen 1,7 Millionen der 48 Millionen deutschen Wähler gewählt haben. Vgl. dazu: *Statistisches Bundesamt* (Hrsg.), Wahl zum 16. Deutschen Bundestag am 18. September 2005, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen (Heft 4), Reutlingen 2006. S. 105. Vom Statistischen Bundesamt werden die auf alle Wähler hochgerechneten Ergebnisse veröffentlicht, in denen z.B. der unterschiedliche Auswahlsatz für die einzelnen Bundesländer entsprechend berücksichtigt wird. Wir verwenden diese hochgerechneten Ergebnisse.

¹⁵ Ziel dieser Analysen ist es, die Zellhäufigkeiten einer Tabelle in Abhängigkeit der Ausprägungen der kategorialen Variablen zu erklären. Dabei können einzelne Zellen fixiert werden, um für die übrigen Freiheitsgrade Erwartungswerte zu berechnen. Vgl. *Alan Agresti, An Introduction to Categorical Data Analysis*, New York 1996.

Unser Datensatz ist eine dreidimensionale Tabelle, die aus den 15 Kreuztabellen der Erst- und Zweitstimme für jede Bundestagswahl von 1953 bis 2005 besteht. Die erste Dimension mit i indiziert, beziehe sich auf die Erststimmen, die zweite Dimension j auf die Zweitstimmen und die dritte Dimension ist die Zeitdimension t , so dass die einzelnen Beobachtungen aus der Häufigkeit der Wähler in der entsprechenden Zelle (n_{ijt}) bestehen. Wir berechnen zunächst die Erwartungswerte \hat{n}_{ijt} , indem wir die folgenden Randverteilungen erfassen: $n_{...}$ als Ingesamtfallzahl über alle Zeitpunkte, $n_{i..}$ als Randverteilung der Erststimmen der Parteien über die einzelnen Zeitpunkte hinweg, entsprechend $n_{.j.}$ für die Zweitstimmen, $n_{..t}$ als Zahl der in der jeweiligen Tabelle ausgewiesenen Wähler zu den einzelnen Zeitpunkten, $n_{i.t}$ als Randverteilung der Erststimmen und $n_{.jt}$ als Randverteilung der Zweitstimmen zu den einzelnen Zeitpunkten. Da uns nur die Schwankungen im Umfang des paarweisen Stimmensplittings über die Zeit interessieren, können wir auch die Randverteilung $n_{ij.}$ anpassen als Durchschnittssplitting zwischen den jeweiligen Parteien für den untersuchten Zeitraum insgesamt. Die $n_{i.t}$ und $n_{.jt}$ entsprechen in unserem Fall den entsprechenden effektiven Parteienzahlen zu den einzelnen Zeitpunkten, berechnet jeweils aus den Erst- bzw. Zweitstimmen der Splittingtabellen.

Ein möglicher Einfluss auf das Stimmensplitting ist jetzt noch nicht berücksichtigt, den wir später eventuell irrtümlich den Koalitionssignalen zuschreiben würden: die Zunahme des Niveaus des Stimmensplittings insgesamt, die seit 1976 fast linear gewesen ist (vgl. Schaubild 2). Dieses Stimmensplitting insgesamt zu den einzelnen Zeitpunkten erfassen wir durch Kontrolle der Zahl der Wähler zu den Zeitpunkten t , die ihre Stimme nicht splitten (n_{iji} , wobei $i = j$). Die einzige Tabelleninformation, die damit noch nicht kontrolliert wurde, ist die paarweise Kombination der Zweitstimmen für verschiedene Parteien zu den t Zeitpunkten. Genau diese Bewegungen wollen wir mit den Koalitionssignalen und der tatsächlichen gemeinsamen Regierungstätigkeit voraussagen.

Dazu berechnen wir für jede Zelle der Tabelle den Erwartungswert \hat{n}_{ijt} , prozentuieren diese Werte auf die Fallzahl $n_{..t}$ zu jedem Zeitpunkt und ziehen den entsprechenden Prozentwert von dem tatsächlichen Prozentwert ab, den wir bereits in den Schaubildern 2 bis 5 des letzten Abschnitts verwendet haben.

Seien die entsprechenden Prozentpunktdifferenzen $(n_{ijt}/n_{..t} - \hat{n}_{ijt}/n_{..t})$ mit d_{ijt} bezeichnet, so ist nur noch zu beachten, dass die Zahl der unabhängig geschätzten d_{ijt} von den noch verfügbaren Freiheitsgraden abhängt. Für alle 15 Bundestagswahlen unseres Datensatzes können wir die parteispezifischen Kombinationen von Erst- und Zweitstimme nur für die SPD, CDU/CSU und FDP vollständig berechnen. Zu diesen Parteien tritt ab 1980 die neu gegründete Partei der Grünen hinzu, für die immerhin noch 8 Beobachtungen vorliegen. Für diese vier Parteien sind auch die Koalitionssignale durchgängig verfügbar. Was uns interessiert, ist, ob zwischen den Koalitionssignalen und den d_{ijt} für ein bestimmtes Parteienpaar eine Beziehung nachgewiesen werden kann. Dabei erwarten wir bei einem positiven Koalitionssignal ein positives d_{ijt} , d.h. wir erwarten, dass unser Schätzmodell das entsprechende strategische Stimmensplitting unterschätzt und bei einem negativen Koalitionssignal überschätzt.

Bei drei Parteien bleibt so nur noch ein Freiheitsgrad zur Schätzung des Stimmensplittings übrig. Wir werden uns deshalb auf das strategische Stimmensplitting zwischen CDU und SPD beschränken. Für dieses Paar gibt es die größte Abwechslung zwischen gemeinsamen Regierungsperioden und Oppositionskonstellationen, so dass wir gut auch zwischen Existenz und Nichtexistenz einer zusätzlichen Bedingung für das Wirksamwerden von Koalitionssignalen unterscheiden können. Eine solche zusätzliche Bedingung ist die gemeinsame Regierung der beiden Parteien. Es könnte sein, dass es gar nicht auf die Signale ankommt, sondern dass die Wähler mit ihrem Stimmensplitting nur auf tatsächlich vorhandene Koalitionen reagieren.

Die Korrelation zwischen dem strategischen Stimmensplitting zwischen CDU/CSU und FDP für alle 15 Beobachtungen beträgt $r = 0,53$. Für die 8 Beobachtungen des strategischen Splittings zwischen SPD und Grünen ist der Zusammenhang mit $r = 0,32$ weniger eng, was sich bereits in Schaubild 5 im Vergleich zu Schaubild 3 andeutete. Damit können wir als wichtiges Ergebnis festhalten, dass der positive Zusammenhang zwischen einer bestimmten Art des Stimmensplittings und dem entsprechenden Koalitionssignal auch bestehen bleibt, wenn man wichtige Einflüsse wie die Randverteilung der Erst- und Zweitstimmen, das Standardmuster des Splittings für die gesamte Periode und den Umfang des Gesamtsplittings zu den einzelnen Zeitpunkten konstant hält.

Dieser Zusammenhang bleibt bestehen, wenn wir zusätzlich noch kontrollieren, ob die beiden Parteien zum Zeitpunkt des Koalitionssignals zusammen regierten oder nicht. Eine sinnvolle

Aufteilung der Bundestagswahl nach dieser Bedingung ist nur für die schwarz-gelbe Koalition möglich (vgl. Schaubild 6). Dabei zeigt sich, dass die Intensität des Koalitionssignals auch bei einer gemeinsamen Regierung ihre Wirksamkeit behält, wenn auch etwas abgeschwächt. Das hängt auch mit der geringeren Varianz der Koalitionssignale in Zeiten gemeinsamen Regierens zusammen. Die Signale bestätigen alle die gemeinsame Regierung mit Werten von 1 bis 2. Wenn das Koalitionssignal gegenseitig ist (Wert 2), ist das strategische Stimmensplitting auch höher.

- Hier etwa Schaubild 6 -

Wenn CDU/CSU und FDP nicht zusammen regieren (vgl. den rechten Teil des Schaubilds 6), ist die Beziehung zwischen Signal und strategischem Stimmensplitting besonders ausgeprägt. Das hängt natürlich stark mit dem Wert rechts oben in dem Schaubild zusammen. Im gesamten Beobachtungszeitraum erreicht das Koalitionssignal für schwarz-gelb nur einmal den Wert 2 in der Situation, dass die beiden Parteien nicht sowieso schon zusammen regieren. Und gerade darauf reagierten die Zweitstimmenwähler der FDP mit dem höchsten Stimmensplitting zugunsten der Wahlkreiskandidaten der CDU überhaupt. Dieser Wert stammt von der Bundestagswahl 2005. Für unser allgemeines Ergebnis bleibt aber festzuhalten, dass selbst dann, wenn man diesen Wert weglassen würde, auch in der Oppositionssituation der positive Zusammenhang zwischen dem um Dritteinflüsse bereinigten Stimmensplitting und den Koalitionssignalen bestehen bleibt. Es ist mitnichten so, dass sich die Wähler nur von bestehenden Koalitionen beeinflussen lassen. Der Teil der Wähler, der strategischen Überlegungen zugänglich ist, reagiert konsistent auf die Koalitionssignale der Parteien.

6. Interpretation

Wir haben eingangs darauf hingewiesen, dass man wegen des deutschen Wahlsystems das Stärkeverhältnis der Parteien im Bundestag, das fast ausschließlich von den Zweitstimmen abhängt, durch Stimmensplitting nicht groß beeinflussen kann. Diese Aussage hängt freilich davon ab, dass die Zweitstimme das ehrliche Wählen der Partei erfasst, die man unabhängig von taktischen Koalitionserwägungen am meisten präferiert. Diese Annahme kann, zumindest für einen Teil der Wähler, falsch sein. Bleiben wir beim Beispiel der Wähler, die 2005 ihre

Erststimme der CDU/CSU und ihre Zweitstimme der FDP gaben. In dieser Gruppe können auch CDU-Anhänger enthalten sein, die der FDP eine sogenannte Leih- oder Stützstimme gaben. So lange es keine systematische Untersuchung des strategischen Zweitstimmenwählens bei der entsprechenden Bundestagswahl gibt, kann man die Stichhaltigkeit dieses Arguments schwer abschätzen. Auf jeden Fall sollte man aber festhalten, dass auf bestimmten Koalitionserwartungen beruhende strategische Zweitstimmen das Stärkeverhältnis der Parteien im Bundestag beeinflussen. So ist zu vermuten, dass die CDU/CSU 2005 nicht zuletzt deswegen schlechter als vorausgesagt abgeschnitten hat, weil CDU-Anhänger von Schwarz-Gelb mit der Zweitstimme FDP gewählt haben.

Die Koalitionssignale beeinflussen, wie wir nachgewiesen haben, das taktische Stimmensplitting zugunsten einer Erststimme für eine große und einer Zweitstimme für eine kleine Partei. Damit haben wir mit einer neuen Datenbasis auch die entsprechenden Ergebnisse von Gschwend und Pappi¹⁶ bestätigt. Wenn man nun diesen systematischen Einfluss zu Ende denkt, müsste die große Partei, deren Wahlkreiskandidaten von solchen „Koalitionswählern“ stark profitieren, in ihrer Bundestagsfraktion mehr direkt gewählte Abgeordnete haben als eine große Partei, die keinen kleinen Koalitionspartner als Erststimmenreservoir hat.

Mit dieser These würde übereinstimmen, dass die CDU/CSU-Fraktion im 2002 gewählten Bundestag, als die FDP die Koalitionsfrage offenließ, 50 Prozent direkt gewählte Abgeordnete umfasste, 2005 aber 66 Prozent. Dieser hier nur illustrierte Zusammenhang müßte noch genauer untersucht werden. Immerhin zeigt er eine Einflussmöglichkeit des strategischen Stimmensplittings auf. Positive Koalitionssignale zwischen einer großen und einer kleinen Partei stärken die Gruppe der Abgeordneten, die ihr Mandat ihren Wahlkreisstimmen verdanken. Es sind dies die Abgeordneten, die weniger von der Partei, sprich konkret von den Landesparteitagen, abhängig sind als die Abgeordneten, die über die Landeslisten gewählt wurden.

¹⁶ a.a.O. (Fußnote 2).

Anhang 1

1. Verwendete Wahlstatistiken für die Parteienkombination von Erst- und Zweitstimme bei den Bundestagswahlen seit 1953

Forschungsgruppe Wahlen: Bundestagswahl 1994. Eine Analyse der Wahl zum 13. Deutschen Bundestag am 16. Oktober 1994 (Wahltagsbefragung), Mannheim.

Forschungsgruppe Wahlen: Bundestagswahl 1998. Eine Analyse der Wahl vom 27. September 1998 (Wahltagsbefragung), Mannheim.

Statistisches Bundesamt: Die Wahl zum 2. Deutschen Bundestag am 6.9.1953, in: Statistik der Bundesrepublik Deutschland (Repräsentative Wahlstatistik ohne Bayern und Rheinland-Pfalz), Band 100, Heft 2, Kohlhammer, Stuttgart/Köln 1955.

Statistisches Bundesamt: Die Wahl zum 3. Deutschen Bundestag am 15. September 1957, in: Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Band 200, Heft 2, Kohlhammer, Stuttgart 1958.

Statistisches Bundesamt: Die Wahl zum 4. Deutschen Bundestag am 17. September 1961, in: Fachserie A: Bevölkerung und Kultur, Reihe 8, Kohlhammer, Stuttgart/Mainz 1964.

Statistisches Bundesamt: Die Wahl zum 5. Deutschen Bundestag am 19. September 1965, in: Fachserie A: Bevölkerung und Kultur, Reihe 8, Kohlhammer, Stuttgart/Mainz 1967.

Statistisches Bundesamt: Die Wahl zum 6. Deutschen Bundestag am 28. September 1969, in: Fachserie A: Bevölkerung und Kultur, Reihe 8, Kohlhammer, Stuttgart/Mainz 1971.

Statistisches Bundesamt: Die Wahl zum 7. Deutschen Bundestag am 19. November 1972 in: Fachserie A: Bevölkerung und Kultur, Reihe 8, Kohlhammer, Stuttgart/Mainz 1975.

Statistisches Bundesamt: Die Wahl zum 8. Deutschen Bundestag am 3. Oktober 1976, in: Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Heft 9, Kohlhammer, Stuttgart/Mainz 1978.

Statistisches Bundesamt: Die Wahl zum 9. Deutschen Bundestag am 5. Oktober 1980, in: Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Heft 9, Kohlhammer, Stuttgart/Mainz 1982.

Statistisches Bundesamt: Die Wahl zum 10. Deutschen Bundestag am 6. März 1983, In: Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Heft 5, Kohlhammer, Stuttgart/Mainz 1984.

Statistisches Bundesamt: Die Wahl zum 11. Deutschen Bundestag am 25. Januar 1987, In: Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Heft 5, Kohlhammer, Stuttgart/Mainz 1988.

Statistisches Bundesamt: Die Wahl zum 12. Deutschen Bundestag am 2. Dezember 1990, in: Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Heft 5, Metzler-Poeschel-Verlag, Stuttgart 1992.

Statistisches Bundesamt: Die Wahl zum 15. Deutschen Bundestag am 22. September 2002, Heft 4 Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter, Metzler-Poschel-Verlag, Wiesbaden 2003.

Statistisches Bundesamt: Wahl zum 16. Deutschen Bundestag am 18. Septembauer 2005, Heft 4 Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen. SFG Servicecenter Fachverlage, Reutlingen 2006.

2. Wissenschaftliche Wahlanalysen als Quelle für Expertenaussagen über Koalitionsanalysen

Andersen, Uwe/ Dieter Grosse, und Wichard Woyke: Wahl '76. Bundestagswahl 1976: Parteien und Wähler. Politische Entwicklung. Probleme nach der Wahl, Leske + Budrich, Opladen 1976, 96 Seiten.

Andersen, Uwe und Wichard Woyke: Wahl '87. Zur Bundestagswahl 1987: Parteien und Wähler. Wahlrecht und Wahlverfahren. Politische Entwicklung, Leske + Budrich, Opladen 1986, 157 Seiten.

Andersen, Uwe und Wichard Woyke: Wahl '98. Zur Bundestagswahl 1998: Parteien und Wähler, Wahrecht und Wahlverfahren, Politische Entwicklung, Leske + Budrich, Opladen 1998, 208 Seiten.

Berger, Manfred/ Wolfgang G. Gibowski/ Dieter Roth und Wolfgang Schulte (Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim): Stabilität und Wechsel: Eine Analyse der Bundestagswahl 1980, in: Kaase, Max und Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1980, Westdeutscher Verlag, Opladen 1983, S. 12-57.

Berger, Manfred/ Wolfgang G. Gibowski / Dieter Roth und Wolfgang Schulte: Legitimierung des Regierungswechsels. Eine Analyse der Bundestagswahl 1983, in: Klingemann, Hans-Dieter und Max Kaase (Hrsg.), Wahlen und politischer Prozess. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1983, Westdeutscher Verlag, Opladen 1986, S. 251-288.

Bergmann, Knut: Der Bundestagswahlkampf 1998. Vorgeschichte, Strategien, Ergebnis, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden 2002, 377 Seiten.

Bermbach, Udo: Stationen der Regierungs- und Oppositionsbildung 1980, in: Zeitschrift Für Parlamentsfragen 12 (1), 1980, S. 58-83.

Feist, Ursula und Hans-Jürgen Hoffmann: Die Bundestagswahlanalyse 1998: Wahl des Wechsels, in: Zeitschrift Für Parlamentsfragen 30 (2), 1999, S. 215-252.

Feist, Ursula und Klaus Liepelt: Stärkung und Gefährdung der sozialliberalen Koalition. Das Ergebnis der Bundestagswahl vom 5. Oktober 1980, Zeitschrift Für Parlamentsfragen 12 (1), 1981. S. 34-58.

Forschungsgruppe Wahlen e.V. (Berger, Manfred/ Wolfgang G. Gibowski/ Matthias Jung / Dieter Roth und Wolfgang Schulte): Sieg ohne Glanz: Eine Analyse der Bundestagswahl 1987, in: Kaase, Max und Hans-Dieter Klingemann, (Hrsg.), Wahlen

- und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1987. Westdeutscher Verlag, Opladen 1990, S. 689-734.
- Forschungsgruppe Wahlen e.V. (Berger, Manfred/ Thomas Emmer,/ Matthias Jung/ Dieter Roth und Wolfgang Schulte):* Gesamtdeutsche Bestätigung für die Bonner Regierungskoalition. Eine Analyse der Bundestagswahl 1990, in: *Klingemann, Hans-Dieter und Max Kaase, (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1990*, Westdeutscher Verlag, Opladen 1994, S. 615-665.
- Forschungsgruppe Wahlen e.V. (Emmert, Thomas / Matthias Jung und Dieter Roth):* Zwischen Konstanz und Wandel - die Bundestagswahl vom 16. Oktober 1994, in: *Kaase, Max und Hans-Dieter Klingemann, (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1994*, Westdeutscher Verlag, Opladen, Wiesbaden 1998, S. 45-84.
- Hirsch-Weber, Wolfgang und Klaus Schütz:* Wähler und Gewählte. Eine Untersuchung der Bundestagswahlen 1953, Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1957, 462 Seiten.
- Jesse, Eckhard:* Die Entwicklung des Parteiensystems und der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Von den vierziger Jahren bis in die neunziger Jahre, in: *Hübner, Emil und Heinrich Oberreuter (Hrsg.), Parteien in Deutschland zwischen Kontinuität und Wandel*, Bayrische Landeszentrale für Politische Bildung, München 1992, S. 11-88.
- Jesse, Eckhard:* Das Parteiensystem nach den Wahlen 1994, in: *Hirscher, Gerhard (Hrsg.), Parteidemokratie zwischen Kontinuität und Wandel. Die deutschen Parteien nach den Wahlen 1994*, Hans-Seidel-Stiftung, München 1995, S. 33-63.
- Jesse, Eckhard:* Koalitionsveränderungen 1949 bis 1994: Lehrstücke für 1998?, *Zeitschrift Für Parlamentsfragen* 29 (3), 1998, S. 460-477.
- Jesse, Eckhard:* Nach der gescheiterten Vertrauensfrage: Zur Lage der Parteien und des Parteiensystems in Deutschland, *Zeitschrift Für Parlamentsfragen* 36 (3), 2005, S. 600-615.
- Jung, Matthias und Andrea Wolf:* Der Wählerwille erzwingt die große Koalition, *Aus Politik Und Zeitgeschichte* 51-52, 2005, S. 3-12.
- Just, Dieter:* Orientierungsprobleme. Zur Bundestagswahl 1980 und ihren Konsequenzen, *Aus Politik Und Zeitgeschichte* 18, 1981, S. 15-29.
- Kaase, Max:* Die Bundestagswahl 1972: Probleme und Analysen, *Politische Vierteljahresschrift* 14: 1945-1990, 1973.
- Kaltefleiter, Werner:* Konsens ohne Macht? - Eine Analyse der Bundestagswahl vom 19. September 1965, in: *Verfassung und Verfassungswirklichkeit*, Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1966, Band 1, S. 14-62.
- Kaltefleiter, Werner mit Peter Arend/ Paul Kevenhörster und Rüdiger Zülch:* Im Wechselspiel der Koalitionen. Eine Analyse der Bundestagswahl 1969, in: *Verfassung und Verfassungswirklichkeit*, Carl Heymanns Verlag KG, Köln Berlin Bonn München 1970, Band 5, S. 5-187.
- Kaltefleiter, Werner:* Zwischen Konsens und Krise. Eine Analyse der Bundestagswahl 1972,

Eichholz Verlag, Bonn 1973, 202 Seiten.

Kaltefleiter, Werner: Vorspiel zum Wechsel. Eine Analyse der Bundestagswahl 1976, in: *Verfassung und Verfassungswirklichkeit Jahrbuch 1977*, Duncker & Humblot, Berlin 1977, Band 11, S. 5-304.

Kaltefleiter, Werner: Über die Polarisierung der Politik. Die Bundestagswahl vom 5. Oktober 1980, Aus *Politik Und Zeitgeschichte* 18, 1981, S. 3-13.

Kaltefleiter, Werner: Eine kritische Wahl. Anmerkungen zur Bundestagswahl 1983, Aus *Politik Und Zeitgeschichte* 14, 1983, S. 3-17.

Kaltefleiter, Werner unter Mitarbeit von *Barbara Lübcke*: Die Struktur der deutschen Wählerschaft nach der Vereinigung. *Zeitschrift Für Politik* 38 (1), 1991, S. 1-32.

Kitzinger, Uwe: Wahlkampf in Westdeutschland. Eine Analyse der Bundestagswahl 1957, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1960, 268 Seiten.

Roth, Dieter und *Matthias Jung*: 2002, Ablösung der Regierung vertagt: Eine Analyse der Bundestagswahl 2002, Aus *Politik Und Zeitgeschichte* B 49-50, 2002, S. 3-17.

Wildenmann, Rudolf und *Erwin K.Scheuch*: Der Wahlkampf 1961 im Rückblick, in: *Scheuch, Erwin K. und Rudolf Wildenmann*, (Hrsg.), *Zur Soziologie der Wahl*, Sonderheft 9/1965 der *Kölner Zeitschrift Für Soziologie Und Sozialpsychologie*, Westdeutscher Verlag, Köln-Opladen 1965, S. 39-73.

Anhang 2

Koalitionssignale (Mittelwerte) zwischen den Parteien bei den Bundestagswahlen 1953 bis 2005

Erläuterung:

Die folgenden Tabellen beruhen auf der inhaltsanalytischen Erfassung von journalistischen Quellen und Expertenmeinungen. Auf Grundlage dieser beiden Quellenarten wurden von jeweils vier Kodierern das Signal einer Partei an eine andere mit den Werten -1 (negatives Signal), 0 (kein Signal) oder +1 (positives Signal) erfasst. Die Kodierreliabilität zwischen den Kodierern beträgt insgesamt 0.80 (journalistische Quellen: 0.81, Expertenmeinungen: 0.78).

Die aus der Kodierung resultierenden acht Messwerte für jede Parteidyade werden in den folgenden Tabellen als Mittelwert ausgegeben. Dabei ist die Zeilenpartei als Sender und die Spaltenpartei als Empfänger des Koalitionssignals zu verstehen. Die symmetrisierten Matrizen ergeben sich dann aus der Addition der Zellen a_{ij} und a_{ji} .

1953 ¹⁷	CDU	SPD	FDP	DP	KPD	BHE
CDU	-	-0,5	1	1	-0,25	0
SPD	-0,75	-	-0,25	-0,25	0	0,5
FDP	1	-0,25	-	1	-0,25	0
DP	1	-0,25	1	-	-0,25	0
KPD	-0,25	0	-0,25	-0,25	-	0
BHE	0	0	0	0	0	-

1957 ¹⁸	CDU	SPD	FDP	DP	BHE
CDU	-	0	0,125	0	0
SPD	0	-	0	0	0
FDP	0,125	-	-	0	0
DP	0	0	0	-	0
BHE	0	0	0	0	0

1961	CDU	SPD	FDP
CDU	-	-0,875	0,625
SPD	0,625	-	0
FDP	0,875	-0,875	-

1965	CDU	SPD	FDP
CDU	-	0,25	0,5
SPD	0,25	-	0,25
FDP	1	-0,5	-

1969 ¹⁹	CDU	SPD	FDP	NPD
CDU	-	0,375	-0,125	-0,25
SPD	0,375	-	0,625	-0,5
FDP	-	0,875	-	0
NPD	0	0	0	-

1972	CDU	SPD	FDP
CDU	-	0	0,375
SPD	-0,25	-	1
FDP	-0,625	1	-

1976	CDU	SPD	FDP
CDU	-	-0,375	0
SPD	-0,125	-	0,5
FDP	0	0,5	-

1980	CDU	SPD	FDP	Grüne
CDU	-	0	0	0
SPD	0	-	0,5	0
FDP	-0,5	1	-	0
Grüne	0	0	0	-

¹⁷ Berücksichtigt wurden hier nur die Expertenmeinungen, da keine Angaben in den journalistischen Quellen.

¹⁸ Zu große Kodierabweichung beim Signal FDP → SPD.

¹⁹ Zu große Kodierabweichung beim Signal FDP → CDU.

1983	CDU	SPD	FDP	Grüne
CDU	-	-0,125	1	-0,125
SPD	-0,125	-	-0,125	0,375
FDP	1	-0,25	-	0
Grüne	0	0	0	-

1987	CDU	SPD	FDP	Grüne
CDU	-	-0,25	0,5	0
SPD	-0,5	-	-0,5	-0,875
FDP	0,625	0	-	0
Grüne	0	0,375	0	-

1990	CDU	SPD	FDP	Grüne	PDS
CDU	-	0	1	0	0
SPD	0	-	0	0,5	0
FDP	0,5	0	-	0	0
Grüne	0	0,5	0	-	0
PDS	0	0	0	0	-

1994	CDU	SPD	FDP	Grüne	PDS
CDU	-	0	1	-0,375	-0,125
SPD	-0,25	-	0	0,125	-0,75
FDP	1	-0,5	-	-0,5	0
Grüne	0	0,875	0	-	-0,125
PDS	0	0	0	0	-

1998	CDU	SPD	FDP	Grüne	PDS
CDU	-	-1	1	0	-0,5
SPD	0,5	-	-0,5	0,75	-0,625
FDP	1	-0,375	-	-0,125	-0,625
Grüne	-0,125	1	-0,375	-	-0,75
PDS	0	0	0	0	-

2002	CDU	SPD	FDP	Grüne	PDS
CDU	-	-0,5	0,25	0	-0,5
SPD	-0,5	-	0	0,75	-0,625
FDP	0,125	0,125	-	-0,125	-0,5
Grüne	0	0,625	0	-	-0,5
PDS	0	0	0	0	-

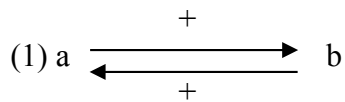
2005	CDU	SPD	FDP	Grüne	PDS
CDU	-	0	1	0	-0,333
SPD	0	-	0	0,333	-0,5
FDP	1	-0,333	-	-0,333	-0,667
Grüne	-0,5	0,5	-0,333	-	-0,833
PDS	-0,167	-0,5	-0,167	-0,167	-

Schaubild 1

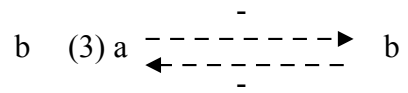
Klassifikation möglicher Koalitions-Signal-Dyaden

positiv Koalitionssignale negativ
neutral, widersprechend

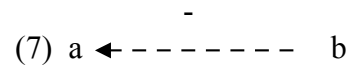
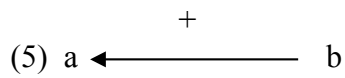
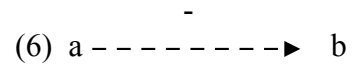
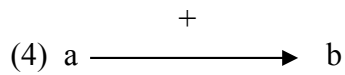
1. gegenseitige, sich entsprechende Signale



(2) a



2. Einseitige Signale



3. Widersprechende Signale

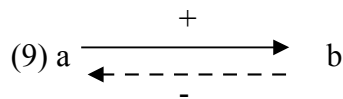
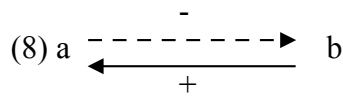


Schaubild 2: Stimmensplitting (in Prozent der Wähler) und effektive Parteienzahl (EPZ) bei den Bundestagswahlen 1953 bis 2005

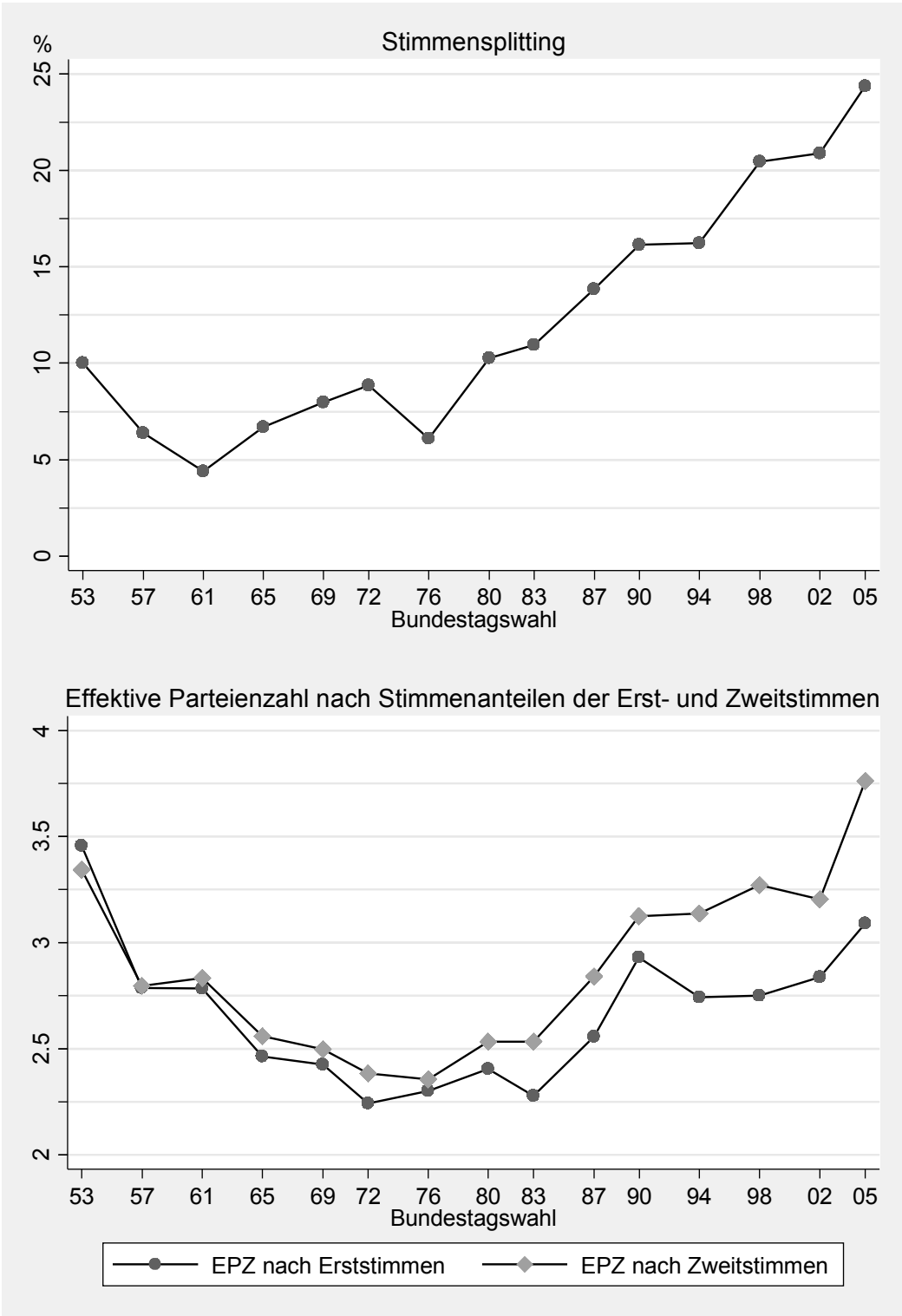


Schaubild 3: Koalitionssignale und Stimmensplitting zwischen CDU/CSU und FDP

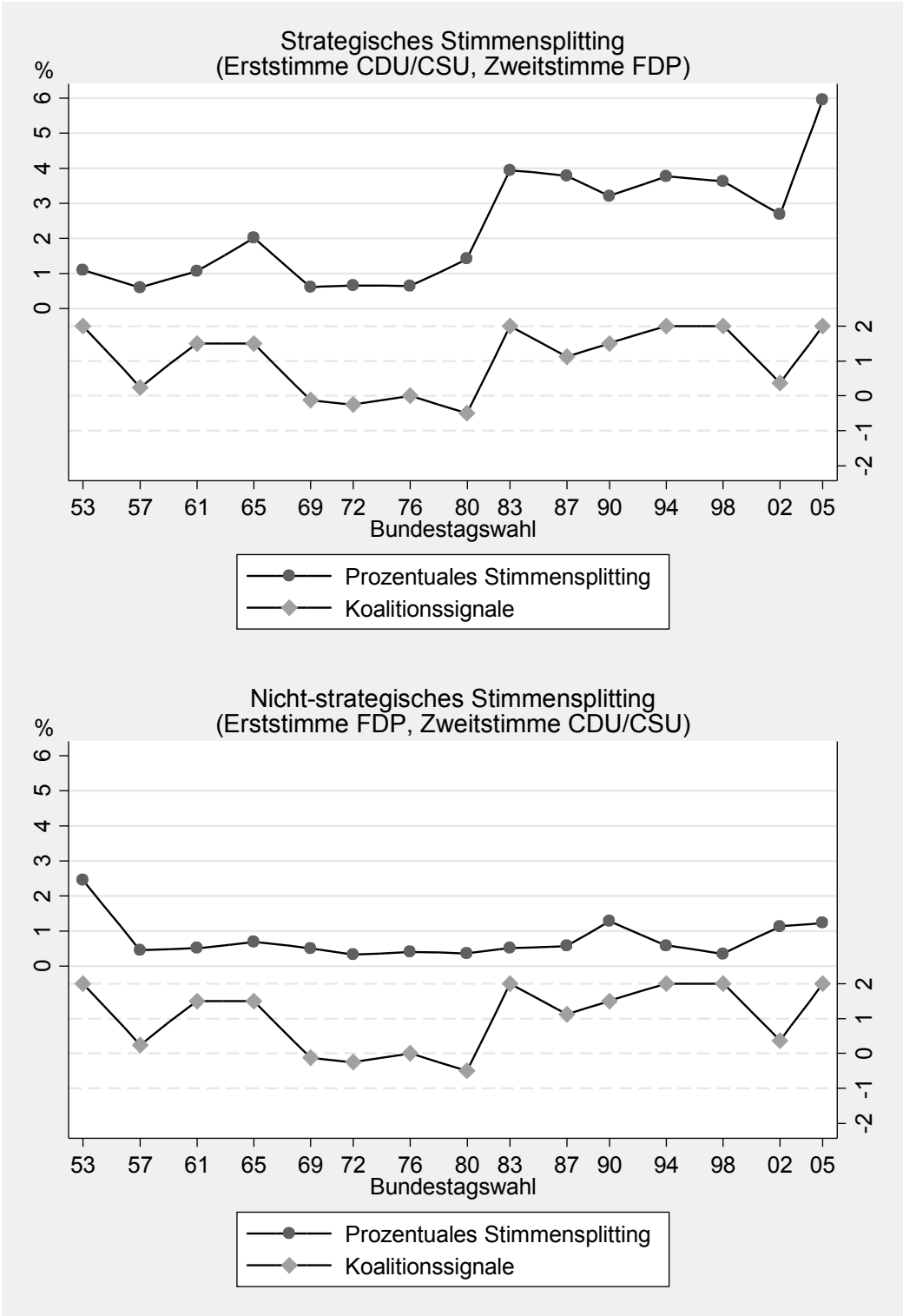


Schaubild 4: Koalitionssignale und Stimmensplitting zwischen SPD und FDP

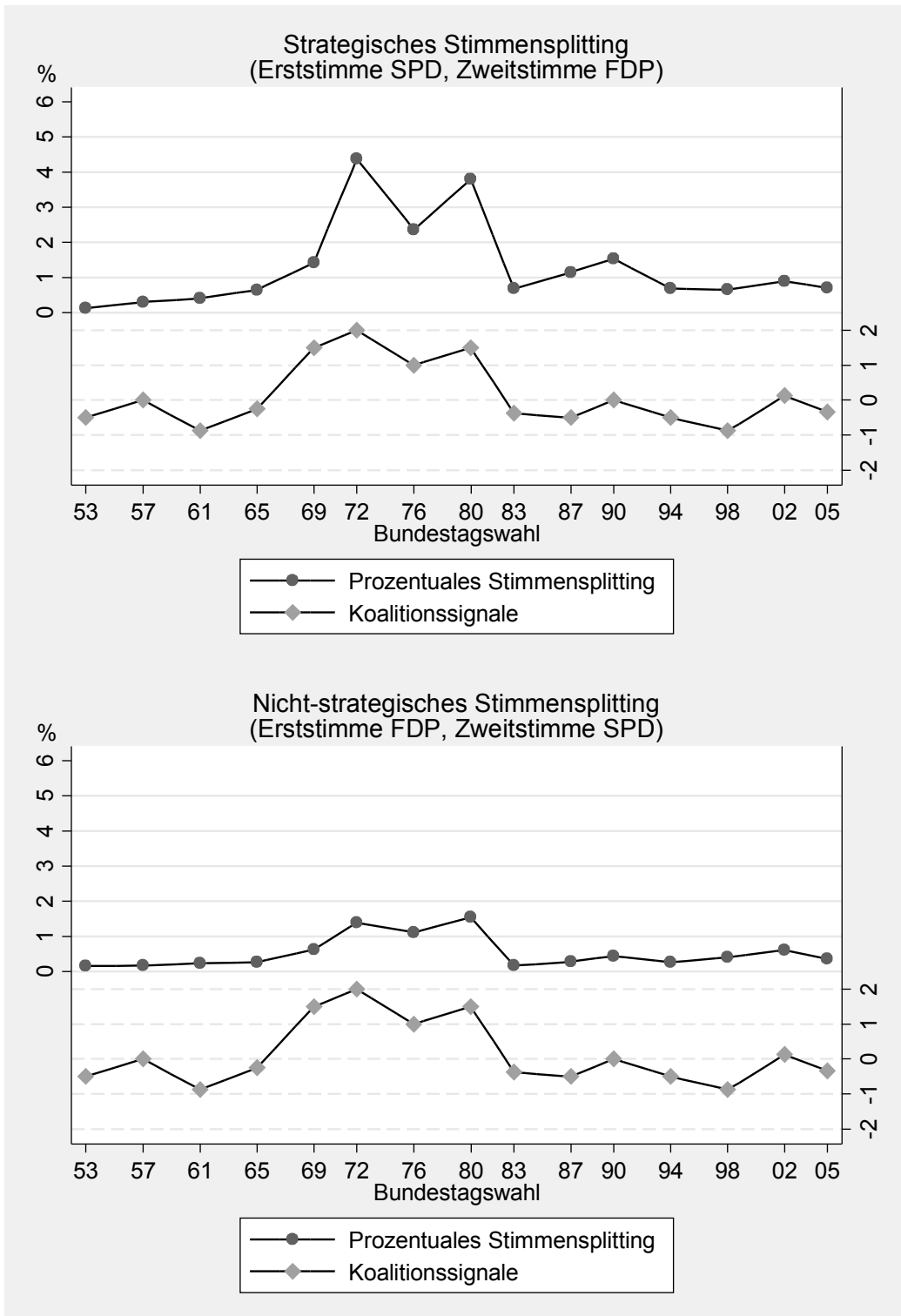


Schaubild 5: Koalitionssignale und Stimmensplitting zwischen SPD und Grünen

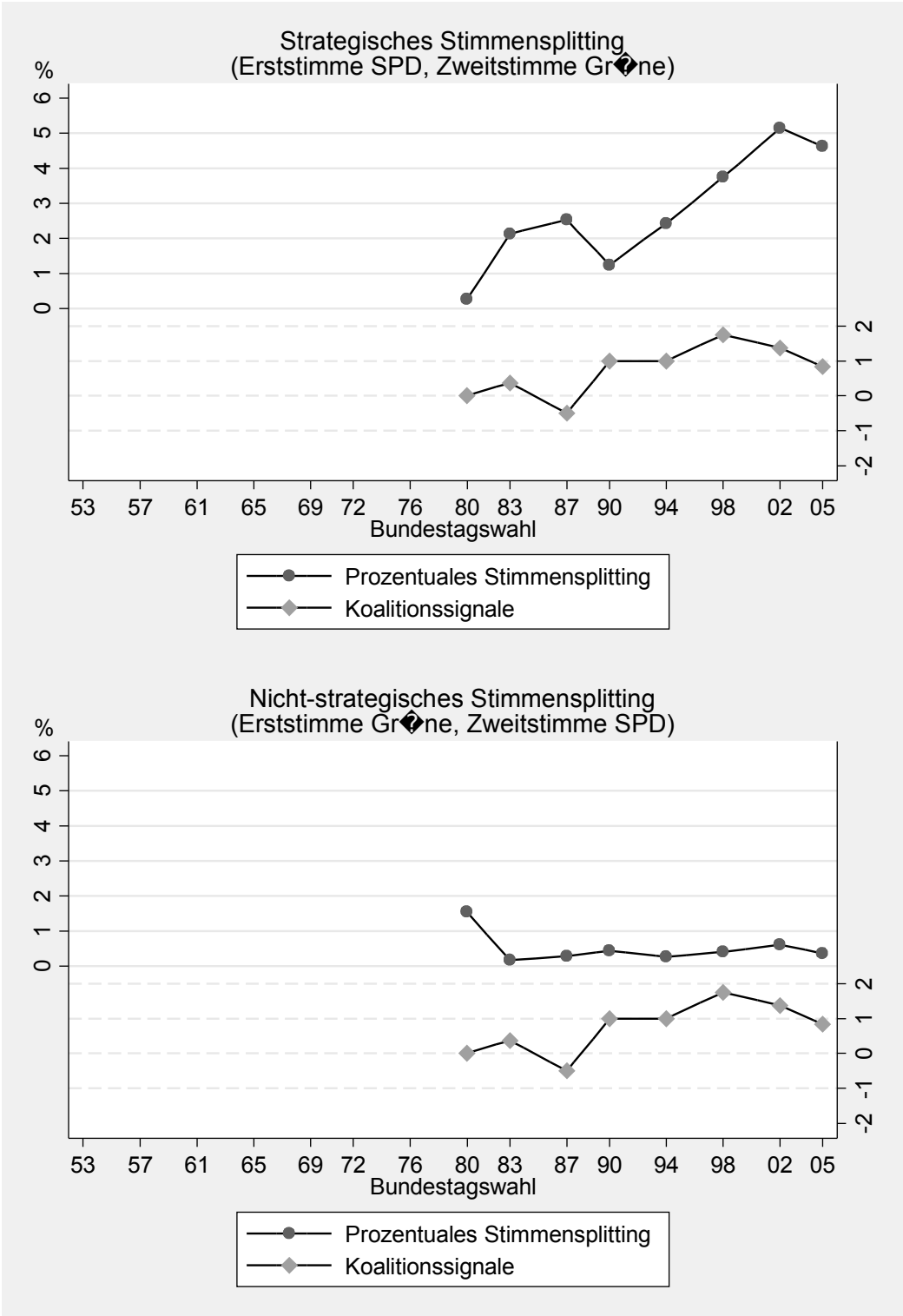


Schaubild 6: Koalitionssignale und Abweichungen des tatsächlichen Anteils

